

Leere Versprechen ?

Die Autobahn 4 (A4) soll nach Buir verlegt werden. Wir, die "Bürgerinitiative Buir gegen die Verlegung der A4", haben darüber in Versammlungen und mit Flugblättern informiert.

Was hat sich nach der Wahl vom 16. Oktober 1994 geändert?

35% der Wähler haben die kleinen Parteien, die gegen die A4-Verlegung sind, gewählt.

Die großen Parteien versuchten den Wählern Glauben zu machen, daß sie sich gegen die vorzeitige Verlegung der Autobahn 4 aussprechen. Dies steht im Widerspruch zum Bekenntnis den Tagebau Hambach bis nach Buir fortzuführen. Den Parteisprechern ist bis heute nicht zu entlocken, welche zeitliche Vorstellung sie dabei haben.

Was bedeutet "Gegen die vorzeitige Verlegung" ?

Wird die Entscheidung auf einen Zeitraum zwischen den Wahlen verschoben, oder wird die A4 erst dann verlegt, wenn es nötig ist, nämlich im Jahr 2020 ?.

Der Kerpenener Stadtrat muß die A4 Verlegung kippen.

Die Umweltverträglichkeitsstudie zur A4 Verlegung läuft zur Zeit immer noch auf Hochtouren.

Noch planen der Landschaftsverband Rheinland und die Rheinbraun Töchter GfL und AGEVA als hätte sich nichts geändert. Buirer Parteien sollen Stellung beziehen !.

Sprechen Sie Ihren politischen Vertreter an und fordern Sie ihn auf sich in Kerpen dafür einzusetzen die Umweltverträglichkeitsstudie zur A4 Verlegung zu kippen.

SPD handelt mit der Arroganz der Macht.

Die SPD hat die geheime Abstimmung im Stadtrat Kerpen abgeschafft und setzt damit den Andersdenkenden im Rat einen Maulkorb auf. Vorausgesetzt die beiden Buirer Ratsmitglieder würden ihre Meinung zugunsten der Bevölkerung ändern, so müßten sie dies zukünftig öffentlich tun. Die SPD traut also ihren eigenen Leuten nicht.

Tagebau Hambach bis 2020 genehmigt !.

Noch kurz vor der Wahl am 15.09.'94 verabschiedete der Bergheimer Kreistag mit SPD und CDU Mehrheit den Rahmenbetriebsplan zum Tagebau Hambach I von 1996 bis 2020. Die Bagger stehen dann nördlich an der A4. Die Verlegung der A 4 wird also erst im Jahr 2020 erforderlich.

Die "Bürgerinitiative Buir gegen die Verlegung der A4" legte dazu einen Einspruch ein, der jedoch von der Kreistagsmehrheit überstimmt wurde.

Rheinbraun spielt mit falschen Karten.

Durch Absprachen zwischen der SPD-Landesregierung und RWE/Rheinbraun über die geplanten Neubauten von sechs weiteren Kraftwerken nach dem Jahre 2030 wird der ungebremste Braunkohlenabbau bis 2070 festgeschrieben. Ausgehend von einem Jahresbedarf von 100 Mio. Tonnen bedeutet dies konkret, daß Hambach II und III notwendig würden. Damit ist das Abbaggern von Buir, Mannheim, Morschenich, Heppendorf und Sindorf-Keuschenend vorprogrammiert.

20-Milliarden-Mark-Projekt ist eine Mogelpackung.

Die angekündigte 20 Mrd. DM Investition von RWE und Rheinbraun ist eine gigantische Propaganda-Aktion. Es handelt sich lediglich um die Aufzählung sämtlicher Kraftwerksumrüstungen bis 2030, die bei den meist veralteten und abgeschriebenen Anlagen ohnehin zwingend erforderlich sind. Dies belegt auch der Schriftwechsel zwischen der Landesregierung und RWE/Rheinbraun.

Aktionsgemeinschaft der Bürgerinitiativen gegen die Verlegung der Autobahn 4

Kontaktadressen Buir: Sigurd Müllenmeister ☎ 6884
 Peter Inden ☎ 5518

Kraftwerke werden mit alter Technik modernisiert.

Die Bestellung einer Pilotanlage für ein "Kombikraftwerk mit integrierter Kohlevergasung auf Braunkohlebasis" KOBRA ist beim Anlagenbauer storniert worden. Stattdessen favorisiert Rheinbraun "Braunkohlekraftwerke mit optimierter Technik" BOA, obwohl dabei nur ein Wirkungsgrad von 42% zu erreichen ist.

Die Kraftwerke von 2030 werden also auf einem technischen Stand von 1994 gebaut.

Was ist geplant?

- Die Bahnlinie Köln-Aachen wird auf drei Spuren erweitert: für die S-Bahn, den Güterverkehr und die Hochgeschwindigkeitszüge.
- Die Autobahn 4 soll auf sechs Spuren ausgebaut und direkt neben Buir und die Bahnlinie verlegt werden.
- Die Hambachbahn wird direkt neben Buir, die Autobahn 4 und die Bahnlinie verlegt.
- Der Tagebau Hambach soll unverändert weiter ausgebeutet werden und erst an den Toren Buirs enden.

Was kann gegen die Verlegung unternommen werden:

- Die Kommune kann, eine politische Mehrheit vorausgesetzt, eine Verfassungsbeschwerde einlegen.
- Die Umweltverträglichkeitsprüfung zur A4 Verlegung kippen.
- Die Parteien vor der Wahl überzeugen, daß sie sich klar gegen die Verlegung der A4 aussprechen.
- Als BI am Ball bleiben und langen Atem zeigen um die Bürger frühzeitig über alles umfassend zu informieren.
- Werden sie Mitglied der Bürgerinitiative